

## Plenarsitzung am 16. Dezember 2010

### Thema: Verabschiedung Nachtragshaushalt 2010, 3. Lesung

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Laumann, ich musste mir erst einmal die Zitate, die Sie eben so wunderbar geliefert haben, heraussuchen. Es ist schon eigenartig, wenn Sie sagen, wir seien verfassungspolitisch auf einer Geisterfahrt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Jawohl!)

Lieber Herr Laumann, wer als Landesregierung sieben Verfassungsklagen verloren hat, von denen zwei wieder im Nachtragshaushalt auftauchen und für die wir Zeche bezahlen, sollte ganz, ganz vorsichtig sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, ich komme darauf nachher noch einmal zurück.

Nennenswerte Aktivitäten der CDU-Fraktion unter Ihrer Führung: bisher null! Die Ankündigung von Verfassungsklagen macht bald eine ganze Handvoll aus, jede Woche ein oder zwei. Seien Sie also ganz vorsichtig mit diesem Vorwurf.

Zweitens. Sie sagen, es gebe 63 % Zustimmung bezüglich der Verwendung von Steuerermehreinnahmen. Ich hatte die Pressemeldung auch gelesen. Eine der Zahlen ist das Gegenstück von dem, was Sie in der Regierung in Berlin machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat angefangen mit dem Steuersenkungsdelirium im Januar – darauf kommen wir nachher noch – bis hin zu dem, was in den letzten Wochen noch passiert ist. Das Gegenteil also von dem, was Sie hier sagen, machen Sie in Berlin.

Drittens – ich habe nur drei Ihrer Zitate ausgewählt –: Sie sind verärgert über die Häme, die die SPD und die Grünen über die alte Landesregierung in den vergangenen

Jahren ausgeschüttet hatten. Herr Laumann, ich komme nachher noch einmal darauf zurück. Jetzt nur so viel: Wenn ich mich an die Anfangszeit Ihrer Regierung erinnere, wie Sie – das war gar nicht mal gegen uns gerichtet – mit Frau Kraft als Person umgegangen sind,

(Heike Gebhard [SPD]: Das war sogar unter der Gürtellinie!)

dann wäre ich mit solchen Behauptungen ganz vorsichtig. Darin lag mehr Häme, als wir über Sie in Ihrer Regierungszeit Ihrer Ansicht nach ausgeschüttet hätten.

Heute ist die letzte größere Debatte zu diesem Haushalt. Wir haben ihn eingebracht und erst noch gestern diskutiert. Es ist ein Stück weit eine Debatte – entsprechend hat Herr Laumann auch gesprochen –, in der eine Bilanz über das gezogen wird, was seit der Landtagswahl im Mai und dem Regierungswechsel geschehen ist. Den Nachtragshaushalt und zwei Gesetze haben wir gestern beraten und beschlossen bzw. werden sie heute in dritter Lesung verabschieden. Und das ist ein Stück weit – ich kann mir auch vorstellen, dass das weh tut – Aufräumarbeit der Dinge, die Sie uns hinterlassen haben. Das ist die nüchterne Bilanz. Zu einem gewissen Teil nehme ich das, was Sie eben gesagt haben, als Wundschmerz darüber, dass Sie jetzt realisieren müssen, dass dieser Prozess, nach fünf Jahren Regierungszeit abgewählt worden zu sein, einer ist, der in eine gewisse brutale Realität führt.

Wir haben gestern als Erstes eine kleine Schulnovelle beschlossen, mit der wir viele Zusagen eingelöst haben, mit der wir die Kopfnoten abschaffen und die Schuleingangsbezirke wieder ermöglichen. „Ermöglichen“ ist ja das Merkmal auch anderer Dingen, die wir machen. Wir ermöglichen und schaffen nämlich Freiräume. Damit korrigieren wir Fehlmaßnahmen, die Sie beide von Schwarz-Gelb in ihrer Regierungszeit gemacht haben.

Wir gehen auch hin und schaffen die Grundlagen dafür, dass sich die Kommunen der demografischen Realität stellen können. Auch von CDU-Kollegen geführte Kommunen kommen jetzt in dieser Realität an und sagen: Wir wollen die Möglichkeiten, die die neue Landesregierung uns eröffnet, prüfen und auch nutzen. – Das war das Erste, was wir heute in dritter Lesung verabschieden.

Das Zweite ist das Stadtwerkegesetz, und es zeigt am allerdeutlichsten, dass Sie in der Regierung, maßgeblich von der FDP getrieben, das allerhärteste, restriktivste Stadtwerkegesetz aller 16 Bundesländer in der Bundesrepublik gemacht haben.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut war das!)

Selbst Frau Thoben hat noch vor der Landtagswahl versucht, diese Auswüchse zu korrigieren, hat es aber nicht geschafft. Sie hat sich nicht durchsetzen können, weil Herr Papke ein Veto eingelegt hat. Wir haben das korrigiert. Ich kann verstehen, dass Sie das ärgert, wenn zwischen Handwerk und Stadtwerken ein Konsens darüber besteht, wie der § 107 geändert werden soll, und wir das dann umsetzen. Das ärgert Sie. Sie hätten es besser vorher gemacht, vielleicht wäre die Quittung dann ein kleines bisschen geringer ausgefallen. Das sind Aufräumarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir kommen auch mit dem Nachtragshaushalt heute zu Aufräumarbeiten nach dem Regierungswechsel. Es ist völlig klar: Sie haben 2010 nicht alle Risiken in den Haushalt eingestellt, die Sie hätten einstellen müssen. Das haben Sie nicht gemacht. Das sind Risiken, die man absehen konnte und die das Verfassungsgericht noch einmal in sein aktuelles Urteil hineingeschrieben hat. Sie haben gegen die Konnexität bei den Kommunen verstoßen. Ein Teil genau dieser Schlussrechnung steht im Nachtragshaushalt.

Wir haben schon bei der Einbringung im Detail darüber geredet. All das, was Sie in Bezug auf Personalstellen kritisiert haben, wurde durch Briefe, die Herr Uhlenberg noch als Minister an Sie und die Herr Diegel als CDU-Regierungspräsident geschrieben hat, ausgelöst und ist Teil des Nachtragshaushaltes.

Wir bilden die Risiken jetzt korrekt ab. Dass Sie nicht zustimmen werden, das war mir klar. Das kann man auch nicht erwarten. Wenn wir mit dem Nachtragshaushalt eine Schlussbilanz Ihrer Regierungstätigkeit im Finanzbereich machen, können Sie nicht zustimmen.

Ich hätte aber erwartet, dass die Kollegen von der Linken bei der Schlussbilanz zustimmen. Sie haben sich anders entschieden. Das muss man akzeptieren; aber dazu später noch mehr.

Eines ist mir ganz wichtig: Die Kommunalfreundlichkeit, die gerechte Behandlung der Kommunen, sowohl was die finanziellen Mittel angeht – keinen Raubzug zulasten der Kommunen im Landeshaushalt zu machen – als auch was die Gerechtigkeit gegenüber den Kommunen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten angeht, ist bei uns

eindeutig stärker ausgeprägt. Das ist auch ein Teil der Quittung, die Sie gekriegt haben.

Ich habe das Schulgesetz und das Stadtwerkegesetz angesprochen. Aber auch im Nachtragshaushalt haben wir genau diese Positionen. Der Kollege Engel hat gestern gesagt, wir raubten den Kommunen mit Unterstützung der Kommunen die Kraft zum Mentalitätswechsel. Genau dieser Zynismus gegenüber den Kommunen hat Ihre Regierungstätigkeit geprägt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich finde es – ehrlich gesagt – ein Stück aus dem Tollhaus, wenn Sie sich hier als finanziell solide Interessensverwaltung einer generationengerechten Finanzpolitik darstellen. Das ist wirklich unglaublich. Ich nehme nur das Jahr 2010, nur dieses eine Jahr, weil einem das natürlich durch den Wahlkampf seit Januar ganz frisch in Erinnerung ist. Sie haben in Berlin dieses ominöse Wachstumsbeschleunigungsgesetz unterstützt:

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

880 Millionen € Belastung für Nordrhein-Westfalen jedes Jahr. Sie unterstützen die Brennelementesteuer. Für die habe ich als Grüner durchaus Sympathien. Die könnte dreimal so hoch sein. Aber die Einnahmen der Brennelementesteuer gehen ausschließlich an den Bund. Die Verluste tragen wir. In diesem einen Punkt sind das 120 Millionen € jährlich für Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihre Konsequenz: 1 Milliarde € allein aus diesen beiden Punkten. Wenn wir das auffangen wollten, müssten wir 20.000 Stellen einsparen. Das können wir aber nicht.

Das Allerletzte: Nach dem ganzen Steuersenkungsdelirium der FDP gibt es jetzt diese kleine Mogelpackung der Steuervereinfachung. Das sind noch einmal 590 Millionen €. Auch dafür zahlt Nordrhein-Westfalen zum Teil die Zeche. Das ist Ihre permanente Politik. Nur in diesem einen Jahr machen drei Positionen über 1 Milliarde € aus. Das können wir nicht auffangen. Sie wissen ganz genau, dass das nicht geht. Sie haben willfährig Anfang des Jahres mitgemacht, statt die Interessen des Landes zu vertreten.

Wenn wir hier ein Stück weit allgemein bilanzieren – das hat Herr Laumann gemacht; ich will gerne darauf eingehen –: Wir alle haben mit dem Ergebnis der Landtagswahl bzw. mit den fünf Fraktionen nicht gerechnet. Niemand hatte auf der Agenda, dass es

hier nachher als einzige stabile Lösung eine Minderheitsregierung gibt, die 90 Stimmen hat

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– ja, Herr Dr. Papke, ich wäre ganz ruhig; wir können zu Ihnen gerne gleich noch kommen –, während die versammelte Opposition 91 Sitze hat. Ich sage – dabei bleibe ich auch –, das schützt auch ein Stück weit vor Arroganz, weil man immer wieder Gespräche mit den anderen suchen muss, und zwar mit allen. Dass der Gesprächsfaden – das gebe ich ehrlich zu – zur FDP noch am stärksten gestört ist, bedaure ich; aber das hat auch bestimmte Gründe. Das kann man verbessern, das sollte man verbessern. Aber wenn jemand nicht mit einem reden will, muss man es auch nicht tun.

Ich will mich an dieser Stelle – weil auch dafür heute die Gelegenheit sein soll – aber eindeutig bei beiden Fraktionen für die außerordentliche Disziplin bedanken. Denn es ist sehr anstrengend. Es ist ein hohes Maß an Kommunikation notwendig. Und wenn man ehrlich bilanziert: Bei der SPD sind von 67 Kollegen 30 neu, und bei uns Grünen sind von 23 Kollegen 13 neu. Gerade für die neuen Kolleginnen und Kollegen ist es eine außerordentliche Anstrengung und Herausforderung. Ich will mich einfach für die Form der Zusammenarbeit, für die Art der Zusammenarbeit und für die Disziplin, die hier an den Tag gelegt worden ist, bedanken. Wir werden im nächsten Jahr genauso weitermachen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte gerne etwas differenziert auf die Opposition eingehen. Natürlich haben Sie von der CDU – ich komme jetzt zur Linken – an der Stelle völlig recht: Wir haben ab und zu aus meiner Sicht absolut skurrile Debatten. Ich war ganz froh, dass Herr Laschet im Ältestenrat mitgekriegt hat, welche Diskussionen wir in Teilen in dem einen Sondierungsgespräch hatten. Natürlich ist es völlig absurd, Nordrhein-Westfalen als ein Land zu bezeichnen, das auch nur im Ansatz totalitären Staaten ähnelt. Das ist völlig absurd. Und natürlich ist es so, dass mit dem Kollegen Michalowsky ab und zu die revolutionäre Kavallerie durchgeht.

Zur Frage Strauß und zu den Milliardenkrediten an die DDR kann man im Prinzip nur sagen: Die Politik der Bundesregierung – die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR, die Ostpolitik Willy Brandts auch in Richtung Polen – ist die Grundlage dafür gewesen, dass wir in einem friedlichen Prozess zur Wiedervereinigung gekommen sind.

Darüber müssen wir nicht streiten. Das war in der langen Entwicklung die Grundlage. Das ist von mehreren Bundesregierungen gemacht worden. Nur so sind wir zur Wiedervereinigung gekommen – ohne dass es an der Stelle einen Toten gegeben hat. Darüber haben wir einen Konsens. Deswegen müssen wir uns, wenn Einzelne solche Ausfälle zeigen, darüber auch nicht erregen. Ich will jetzt wirklich nicht in die historische deutsche Debatte gehen. Aber weil Sie es angesprochen haben, will ich Ihnen darauf antworten.

Andererseits will ich eines ganz klar sagen: Wir sind ein Fünf-Fraktionen-Parlament. Wir brauchen den Dialog. Und natürlich nutzen die Kolleginnen und Kollegen von der Linken die Chance, Vorstellungen durchzusetzen, wenn sie offen mit uns reden. Das machen sie; das ist auch völlig in Ordnung so.

Herr Laumann, das stimmt doch nicht: Sie sprachen von dem ersten Antrag von Rot-Grün-Links. Wir haben mit der CDU zusammen, würde ich sagen, in diesem Parlament während dieser Legislaturperiode mehr Anträge beschlossen als mit den Kollegen von der Linken. Wir haben sie zu Recht in vernünftiger Weise beschlossen. Ich sage das nur, weil Sie es so darstellen, dass ein Antrag von drei Fraktionen zur Frage der Steuerfahnder der Sündenfall sei. Ich kenne das Parlament nur so: Die Regierung hat immer recht, die Oppositionellen sind immer die Deppen und werden mit der Mehrheit niedergeknüppelt. So war das „immer“.

Jetzt haben wir ein Parlament, in dem es vorkommen kann, dass eine junge Kollegin wie Anna Conrads als Einzige von 180 Abgeordneten merkt, dass in einem Gesetz ein Fehler enthalten ist, und einen Änderungsantrag stellt, Zustimmung von der FDP, von der SPD, von den Grünen und von ihren eigenen Leuten erhält und diesen Änderungsantrag durchbringt. Das hat es in den Legislaturperioden zuvor nie gegeben. So etwas geht jetzt.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wir haben bei Abstimmungen ja des Öfteren erlebt, dass FDP und Linke irgendwie zusammenkommen. Ich habe Herrn Engel eben mit seinem Zynismus gegenüber den Kommunen zitiert – das war für mich so eine Art liberaler Trotzismus, den ich da durchgehört habe, eine Verelendungstheorie gegenüber den Kommunen. Da gibt es Affinitäten.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und von der SPD)

Das heißt, es gibt einen Teil der Opposition, die die Möglichkeiten intelligent nutzt. Und es gibt nach meinem Eindruck – das muss ich ehrlich sagen – einen Teil der Opposition, der in Richtung substanzlose Fundamentalopposition unterwegs ist. Das muss man sich gut überlegen.

Mir muss wirklich jemand den Sinn der Verfassungsklage gegen den CDU-Landtagspräsidenten klarmachen. Wenn ich Oliver Keymis vors Verfassungsgericht zitieren würde – was ich ja nie tun werde –, würde meine Partei mich fragen: Wer gewinnt eigentlich bei der Nummer?

(Heiterkeit von den GRÜNEN, von der SPD, von der LINKEN und von der Regierungsbank)

Gewinnt die CDU die Klage, ist der Landtagspräsident beschädigt. Verliert sie die Klage – was ich glaube; denn ich glaube, dass er korrekt gehandelt hat –, ist sie beschädigt. Was ist der Benefit dabei? Und was ist die politische Strategie der größten Oppositionsfraktion?

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Bauernschläue!)

Der Kollege Krautscheid ist jetzt nicht im Saal. Ich frage nach dem strategischen Sinn der Operation zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Wir haben zum nächsten Punkt eine Vorlage auf dem Tisch, die die Unterschrift von Herrn Dr. Rüttgers trägt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wo ist der eigentlich?)

Die ist im Kabinett beschlossen worden, zusammen mit den beiden FDP-Ministern, die jetzt nicht da sind, und zusammen mit einer Reihe von Regierungsmitgliedern, die hier jetzt auch ein Mandat haben. Ich nehme Herrn Witzel ab: Die Fraktion hat nicht gewusst, was die Regierung getan hat. – Von mir aus! Aber sein Verfassungsschutzminister stimmt zunächst für eine Vorlage, die auf dem Tisch liegt, und stimmt später in der Fraktion einstimmig dafür, dass diese Vorlage für grundgesetzwidrig erklärt wird. Das kann nur die FDP, das kann keine andere Partei.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann bitte ich einfach darum, dass mir von den CDU-Kollegen einmal erklärt wird, was denn aus ihrer Sicht der Sinn der Operation ist.

Herr Laumann, Sie haben vorhin gesagt, die Minister seien nicht alle im Saal. Herr Krautscheid hat hier eben mit Herrn Remmel geredet; alle Minister sind im Haus und arbeiten. Ich sage ohne Häme: Bei Ihnen fehlt auch jemand Wichtiges. Man sollte nicht mit dem Finger auf andere zeigen, wenn man selber Verluste hat, die auch namhaft sind.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Jetzt sage ich einmal: Wir sind 2000 abgewählt worden. Dann sind Sie nach 39 Jahren an die Regierung gekommen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: 2005!)

– Entschuldigung! 2005 sind wir abgewählt worden. Sie sind an die Regierung gekommen. Das war eine harte Niederlage, die mussten wir auch wegstecken. Dann muss man den Kopf herunternehmen, dann muss man arbeiten, und dann muss man wieder nach vorne kommen.

Ich habe die Häme gegenüber Frau Kraft erlebt, die damals Fraktionsvorsitzende wurde. Ich sage es jetzt einmal auf Deutsch: Als die großen Männer – Müntefering, Clement, Steinbrück – nach Berlin gegangen sind, da hat Frau Kraft den Kopf hingehalten und hat am Anfang viel, viel Häme abgekriegt, als vor allen Dingen die FDP vor Übermut nicht laufen konnte.

Aber dieses Jahr war Ihr Jahr! Frau Kraft und Frau Löhrmann, das war Ihr Jahr. Dazu herzlichen Glückwunsch! Ich hoffe auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber wir sind nicht zufällig gewählt worden, und Sie sind nicht zufällig abgewählt worden. Sie müssen erkennen, was die Gründe dafür sind. Daran müssen Sie arbeiten. Ich kann aber nicht erkennen, dass Sie daran arbeiten. Aber wer an diesen Punkten nicht arbeitet, der kann sich auch nicht vernünftig neu aufstellen. Deswegen müssen Sie sich entscheiden. Das ist jetzt ein Prozess, der dauert ein bisschen; das ist völlig in Ordnung. Sie müssen sich entscheiden: Machen Sie Fundamentalopposition – das hat auch eine Konsequenz –, oder nutzen Sie die Chancen, die Sie haben, ein Stück weit etwas durchzusetzen?

Ich kann nur sagen: Wir machen unsere Arbeit. Es gibt keine andere stabile Konstellation. Wir machen die Arbeit. Es ist eine harte Arbeit. Wir gehen auch immer wieder auf Sie zu. Wir setzen die Arbeit fort im Interesse der Bürgerinnen und Bürger

des Landes. Wir laden herzlich ein: Machen Sie keine Fundamentalopposition, gehen Sie ein Stück weit mit uns zusammen! Es geht um die Menschen draußen, für die wir hier arbeiten. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen.